

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Erich Dunder)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.  
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 102.

Berlin, Mittwoch, 30. Dezember 1908.

Wierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Keine Aussperrung in der südwestdeutschen Metallindustrie! — Statistisches aus der Rechtsprechung in Unfall- und Invalidenversicherungssachen. — Arbeiterbrief aus Dortmund. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Leit. — Verbands-Leit. — Literatur. — Anzeigen-Leit.

### Keine Aussperrung in der südwestdeutschen Metallindustrie!

Das Jahr 1908 wird den deutschen Arbeitern noch lange in unangenehmer Erinnerung bleiben. Viel Gutes hat es ihnen wahrlich nicht gebracht, wohl aber Entbehrungen und Not mancherlei. Die wirtschaftliche Krise hat ihren Einfluß mit unheimlicher Gewalt geltend gemacht, und manche Zustimmung haben sich die Arbeiter gefallen lassen müssen, die sie in Zeiten günstigen Geschäftsganges nicht so ruhig hingenommen haben würden.

Auch die Direktion des Strebel-Werks in Mannheim glaubte die Gelegenheit benutzen zu können, an den Löhnen der Arbeiter Kürzungen zum Teil recht erheblicher Art vorzunehmen. Die Arbeiter ließen sich das natürlich nicht gefallen, sondern traten im Oktober in den Streit. Die Bemühungen, den Konflikt beizulegen, scheiterten daran, daß die Leitung des genannten Betriebes erklärte, sie zahle bei weitem höhere Löhne als alle Konkurrenzfirmen und sei dabei nicht instand, auf die Dauer mit ihnen den Wettbewerb auszuhalten. Um die Arbeiter zur Nachgiebigkeit zu zwingen, wurde schließlich zu dem modernen Mittel der Aussperrung gegriffen und seitens des Industriellenverbandes, dem das Strebel-Werk angehört, erklärt, daß am 1. Januar alle Metallarbeiter in dem südwestdeutschen Industriebezirk entlassen werden würden, wenn nicht bis dahin auf dem Strebel-Werk der Streit beendet sei. 14—15 000 Arbeiter wären davon betroffen worden, und ungleich viel größer natürlich wäre die Zahl derjenigen gewesen, die damit zum Hungern und Frieren verurteilt worden wären.

Die streikenden Arbeiter des Strebel-Werks trugen damit eine schwere Verantwortung. Waren die Opfer, die man ihnen zumute, diesen schweren Kampf wert? Sie konnten sich nicht entschließen, die Bedingungen der Direktion anzunehmen und lehnten trotz der angebotenen Aussperrung die Wiederaufnahme der Arbeit ab.

Unterdessen waren von unbeteiligter Seite zahlreiche Versuche unternommen worden, die Differenzen aus der Welt zu schaffen. Sowohl seitens der badischen Fabrikenspektion, als auch vom Oberbürgermeister Martin in Mannheim ist nichts unversucht gelassen worden, eine Einigung herbeizuführen. Letzterem gelang es schließlich, die Firma dazu zu bewegen, daß sie sich bereit erklärte, 90 Prozent der Arbeiter sofort wieder einzustellen, den Rest in aller nächster Zeit; Maßregelungen sollten nicht stattfinden. Aber die Streikenden wollten sich darauf nicht einlassen; sie verlangten die bündige Zurücknahme der angekündigten Lohnreduktionen, worauf wiederum die Firma nicht eingehen wollte. Damit war die Beterführung des Streiks beschloffen.

Die Mehrzahl der Streikenden war im Deutschen Metallarbeiterverbande organisiert, aber auch Gewerksvereiner und christliche Gewerkschafter befanden sich unter ihnen. Trotz alledem natürlich hatte der Metallarbeiterverband versucht, die Leitung der Bewegung völlig an sich zu reißen, und es be-

drufte erst des energischen Protestes unserer Kollegen, daß sie zu den Verhandlungen mit der Firma hinzugezogen wurden. Man kennt die Art, wie seitens der Führer des Metallarbeiterverbandes die Arbeiter jahraus, jahrein bearbeitet werden. Das Prinzip des Klassenkampfes, das ja noch immer zahlreiche Vertreter hat, wenn es auch arg ins Wanken geraten ist, zwingt die Radikalführer zu fortwährendem Wühlen und Bohren. Da braucht man sich dann nicht zu wundern, wenn die Mahnungen zum Frieden bei den erhitzen Gemütern der Arbeiter auf unfruchtbaren Boden fallen. So ist es auch in Mannheim gegangen. Als die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes merkte, welcher gewaltige Kampf drohte, da suchte sie einzulenken und die Arbeiter des Strebel-Werks zur Beendigung des Streiks zu veranlassen. Eine zweite Abstimmung wurde angelegt, in der man hoffte, die Möglichkeit zur Beendigung des Streiks zu gewinnen. Die Hoffnung schlug fehl. Die Ausständigen beharrten mit überwältigender Majorität auf ihrem Standpunkt und überschütteten die Führer des Metallarbeiterverbandes, die ihnen die Wiederaufnahme der Arbeit schmachhaft zu machen versuchten, die Herren Schneider und Borchgler, mit den ärgsten Schimpfworten und Beleidigungen. Nachdem sich so das Zureden als vergeblich erwiesen hatte, erhob sich dann Herr Massatsch, der zweite Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, und erklärte namens des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes den Streik für abgebrochen. Stürme der Entrüstung durchbrausten bei dieser Erklärung den Saal, Verwünschungen wurden gegen die Führer ausgeföhren, aber an der Tatsache selbst wurde nichts geändert. Auch die übrigen Organisationen mußten unter diesen Umständen den Streik für beendet erklären, und die weitere Folge war, daß der Verband der Industriellen den Aussperrungsbeschluß ebenfalls aufhob.

Das letzte Wort über diese Bewegung wird ja wohl heute noch nicht gesprochen werden. Wir wollen deshalb zunächst noch mit einer eingehenderen Kritik zurückhalten. Unwillfürlich aber zwingen die Vorkommnisse in Mannheim zu einem Vergleich mit dem Kampfe, der sich vor einigen Monaten in Stettin abgepielt hat. Auch hier hat man seitens des Metallarbeiterverbandes fortwährend eine Gruppe von Arbeitern in den Versammlungen bis zur Siedehitze aufgeregt. Man hat dem Klassenkampf begeisterter Lobeshymnen gesungen, und als die Arbeiter schließlich das, was man ihnen gepredigt hatte, in die Tat umzusetzen versuchten, da ließ man sie im Stich, da wurde gebremst und die Bewegung seitens des „großen“ Deutschen Metallarbeiterverbandes über die Köpfe der Arbeiter hinweg für beendet erklärt. Eine gewisse Ähnlichkeit, wie gesagt, zwischen dem Stettiner Kampfe und der beendigten Bewegung in Mannheim läßt sich nicht so ohne weiteres von der Hand weisen.

Wir wünschen ganz gewiß nicht, daß wegen einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Arbeitern Tausende von Unschuldigen mit auf Pfaster geworfen werden. Wir verurteilen auch die Brutalität des Unternehmertums, das sich nicht scheut, sich zu derartig rücksichtslosem Vorgehen herzugeben. Man darf sich aber nicht wundern, daß Arbeiter, die andauernd mit Klassenkampfpredigten aufgeregt und aufgepeitscht werden, schließlich ihrem „Führern“ den Gehorsam versagen. Die Verantwortung dafür tragen nicht

jene Arbeiter, sondern in erster Linie diejenigen, welche die Arbeiter in solche Situationen hineinbringen.

Jedenfalls bedeutet der Ausgang in Mannheim ein klägliches Fiasko des Klassenkampfes. So sehr wir derartige Vorkommnisse im Interesse der deutschen Arbeiterklasse beauern, so sind wir doch der Ueberzeugung, daß es nur noch weniger derartiger Kämpfe bedarf, um schließlich den Arbeitern darüber die Augen zu öffnen, welches der richtige Weg zu ihrer Emporhebung ist. Nicht der rücksichtslose Kampf, wie er von gewissen Phrasenhelden stets gepredigt wird, führt zu diesem Ziel, sondern der Gedanke der tariflichen Verständigung, der stets von den Deutschen Gewerksvereinen vertreten worden ist und wirksam und dauernd nur durchgeführt werden kann auf dem Boden der völlig neutralen Berufsorganisation.

### Statistisches aus der Rechtsprechung in Unfall- und Invalidenversicherungssachen.

Wenn jemand in Betrieben einen Unfall erlitten hat oder durch irgend welche anderen Umstände invalide geworden ist, so hat er einen gesetzlichen Anspruch auf Rente. Diesen Anspruch soll er unter allen Umständen geltend machen, und wenn er ihm verweigert wird, mit allen Mitteln zu erkämpfen suchen. Derjenige Arbeiter, der einer Organisation angehört, hat am besten Gelegenheit, über seine aus der Arbeiterversicherung hervor-gehenden Rechte aufgeklärt, und wenn ihm diese Rechte streitig gemacht werden, sachgemäß vertreten zu werden.

Auf der anderen Seite gibt es eine ganze Anzahl von Arbeitern, die da glauben, wenn sie durch einen Unfall eine auch noch so unerhebliche Körperschädigung erlitten haben, ohne weiteres Rentenansprüche erheben zu können, und bisweilen bis zur höchsten Instanz, dem Reichs-Versicherungsamt, gehen. Durch solche geleslich nicht zu rechtfertigende Ansprüche werden nicht allein die Organe der Arbeiterversicherung schwer belastet, sondern auch diejenigen Arbeiter, die einen wirklichen Anspruch auf Rente erheben können, häufig geschädigt. Wir wollen diese Frage hier nicht näher erörtern, sondern zum Beweise dafür, daß tatsächlich sehr häufig die geleslich gewährten Rechtsmittel zur unrechten Zeit und im ungeeigneten Falle angewandt werden, einige Zahlen aus der Statistik der Rechtsprechung in Unfall- und Invaliden-Versicherungssachen mitteilen, die das Reichs-Versicherungsamt in der November-Nummer des „Reichs-Arbeitsblatt“ veröffentlicht. Allerdings möchten wir hinzufügen, daß die Schuld an dem ungünstigen Ergebnisse nicht allein die versicherten Arbeiter trifft, sondern zum großen Teil auch zurückgeführt werden muß auf die Ungünstigkeit der gesetzlichen Bestimmungen.

Beschäftigten wir uns zunächst einmal mit der Unfallversicherung. Im Jahre 1907, das dieser Statistik zugrunde gelegt ist, wurden von sämtlichen Trägern der Unfallversicherung, d. h. den gewerblichen, land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und staatlichen und kommunalen Ausführungsbehörden insgesamt 417 957 berufungsfähige Bescheide erlassen, und zwar 226 889 in gewerblichen und 191 068 in landwirtschaftlichen Unfallversicherungssachen. Gegen diese Bescheide wurde im ganzen bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung 70 957 mal Berufung eingelegt, und zwar in 46 994 gewerblichen und 23 963 landwirtschaftlichen Unfallversicherungssachen. Zum Vergleich sei bemerkt, daß

die Zahl der Berufungen im Jahre 1898 44 313 betrug, und zwar 28 311 auf Grund der gewerblichen Unfallversicherungsgesetze und 16 002 auf Grund des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes. Für das Jahr 1888 betragen diese Zahlen noch 8371, 8300, 71. Was die Berufungen in gewerblichen Unfallversicherungssachen anbetrifft, so ist die Zahl regelmäÙig gewachsen, in landwirtschaftlichen waren sie in den Jahren 1904/06 etwas höher; immerhin läÙt sich auch hier eine starke Zunahme erkennen. Man geht sicherlich nicht fehl, wenn man diese steigenden Zahlen zurückführt auf das Anwachsen der Unfallzahlen überhaupt.

Im Vergleich zu den von den Berufsgenossenschaften ausgestellten Bescheide betrug die Zahl der eingelegten Berufungen im Jahre 1907 16,98 Prozent. Der höchste Prozentsatz wurde im Jahre 1896 mit 24,02 Prozent und der niedrigste im Jahre 1901 mit 16,89 Prozent erreicht. In gewerblichen Unfallversicherungssachen war dieser Prozentsatz am niedrigsten im Jahre 1907 mit 20,71 Prozent und am höchsten im Jahre 1894 mit 26,37 Prozent. Auch in landwirtschaftlichen Unfallversicherungssachen wurde im Jahre 1907 der niedrigste Satz mit 12,54 Prozent erreicht, während der höchste Satz von 21,44 Prozent in das Jahr 1896 fällt.

Von denjenigen Streitssachen, die an das Schiedsgericht gingen und dort endgültige Erledigung fanden, endigten im Jahre 1907 durch völlige oder teilweise Abänderung des Bescheides, also zugunsten der Versicherten, 20,47 Prozent. Dieser Anteil beträgt bei den gewerblichen Unfallversicherungssachen 21,18 Prozent, bei den landwirtschaftlichen 19,19 Prozent.

Gegen die Schiedsgerichtsentscheidungen kann bekanntlich in Unfallssachen Rekurs bei dem Reichs-Versicherungsamte eingelegt werden. Von diesem Rechte wurde im Jahre 1907 19 604 mal Gebrauch gemacht, und zwar 15 807 mal in gewerblichen und 4297 mal in landwirtschaftlichen Unfallssachen. Im Jahre 1898 wurden im ganzen 11 183 Rekurse eingelegt, und zwar 7818 auf Grund der gewerblichen und 3365 auf Grund des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes. Im Verhältnis zu den gefällten Schiedsgerichtsentscheidungen beliefen sich die anhängig gemachten Rekurse auf 27,99 Prozent, und zwar in gewerblichen Unfallversicherungssachen auf 31,37, in landwirtschaftlichen auf 20,23 Prozent. Die Häufigkeit des Rechtsmittels des Rekurses schwankt seit 1891 bei den gewerblichen Unfallversicherungssachen zwischen 26,10 (1891) und 35,68 (1902), bei den landwirtschaftlichen Unfallversicherungssachen zwischen 17,08 (1892) und 24,68 (1898).

Das Recht, Rekurs einzulegen, steht natürlich den Versicherten ebenso zu wie den Versicherungsträgern, d. h. den Berufsgenossenschaften. Es wird aber nicht in gleichem Maße von beiden Seiten davon Gebrauch gemacht. Der Rekurs wird häufiger von den Versicherten als von den Versicherungsträgern eingelegt. Auf 100 Schiedsgerichtsentscheidungen anhängig gemachte Rekurse der Versicherten in gewerblichen Unfallversicherungssachen 23,20, in landwirtschaftlichen Unfallversicherungssachen 15,96. Für die Rekurse der Berufsgenossenschaften sind die entsprechenden Ziffern bei den gewerblichen Unfallversicherungssachen 8,17, bei den landwirtschaftlichen 4,68.

Aber auch von den eingelegten Rekursen ist nur einem kleinen Teil ein Erfolg, sei es ein völliger oder teilweiser, beschieden. Von allen in gewerblichen Unfallssachen von Versicherten eingelegten Rekursen endigten 1907 nur 18,6, im Jahre 1903 (höchste Zahl in den letzten 5 Jahren) 22,6 Prozent, ganz oder teilweise erfolgreich, in landwirtschaftlichen Unfallversicherungssachen 1907 nur 20,5 und im Jahre 1903 (höchste Zahl in den letzten 5 Jahren) 23,9 Prozent günstig.

Zahlreicher sind die erfolgreichen Rekurse der Berufsgenossenschaften. Von 100 Rekursen, die sie anhängig gemacht haben, endigten in gewerblichen Unfallversicherungssachen für sie erfolgreich 53 Prozent, im Jahre 1905 (höchste Zahl in den letzten 5 Jahren) 53,9, bei den landwirtschaftlichen Unfallversicherungssachen 1907 51,5, im Jahre 1906 (höchste Zahl in den letzten 5 Jahren) 53,2 Prozent.

Nach ungünstiger für die Versicherten liegen die Verhältnisse bei den Invaliden- und Altersrentensachen. Im Jahre 1907 wurden insgesamt 181 958 berufungsfähige Bescheide erlassen, und zwar 169 278 in Invaliden- und 12 680 in Altersrentensachen. Am höchsten war die Zahl der Bescheide mit insgesamt

207 414 im Jahre 1903 und am niedrigsten mit 79 975 im Jahre 1893.

Berufungen wurden bei den Schiedsgerichten für Arbeiterverleumdung im Jahre 1907 zusammen 25 923 eingelegt, und zwar 25 385 in Invalidenrenten- und 538 in Altersrentensachen. Einen endgültigen Erfolg für die Versicherten hatte die Berufung in 18,7 Prozent aller Fälle.

Bei dem Reichs-Versicherungsamte, das bei Invalidenrentensachen nur Revisionsinstanz ist, wurden im Jahre 1907 5555 Revisionen anhängig gemacht, und zwar 4917 seitens der Versicherten und 638 seitens der Versicherungsanstalten. Dabei sei bemerkt, daß die Revisionen in Invalidenrentensachen der Zahl nach zunehmen, in Altersrentensachen dagegen abnehmen. Auf 100 Schiedsgerichtsentscheidungen im Jahre 1907 entfallen Revisionen der Versicherten 22,16; im Jahre 1903 wurde die höchste Zahl in den letzten 5 Jahren mit 27,12 erreicht. Für die Revisionshäufigkeit im Jahre 1907 auf 100 Schiedsgerichtsentscheidungen 2,88, im Jahre 1902 mit dem höchsten Satze 2,95.

Der Prozentsatz des Erfolges ist hier überaus gering. Völlig oder teilweise abgeändert wurde das Schiedsgerichtsentscheidungen durch das Reichs-Versicherungsamt bei 100 Revisionen der Versicherten durchschnittlich nur in 0,97 Fällen, bei Revisionen der Versicherungsanstalten in 17,15 Fällen.

### Arbeiterbrief aus Dortmund.

Ein trübes Bild aus der Arbeiterbewegung.

Das entsetzliche Unglück, das sich auf der Zeche „Radbod“ zugefallen hat, gab so manchem Veranlassung, ernstlicher über den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter und besonders der Bergarbeiter nachzudenken. Unter der Bergarbeiterschaft selbst herrscht eine generalige Empörung gegen die Grubenbarone. An allen Orten des Ruhrkohlenbezirks werden aufstrebende Vorträge gehalten, um dem Bergarbeiter Hinereize zu geben, wie er vorhandene Mißstände erkennen und für ihre Beseitigung sorgen kann. Auch an Einwirkungen auf die Bergwerksbesitzer selbst fehlte es nicht; sogar vor dem Streit ist man nicht zurückgeschreckt. Leider ist es nicht geglückt, bisher wesentliche Erfolge für die Gesamtheit herauszuschlagen, teils dank der Halsstarrigkeit der Unternehmer, zum Teil auch dank der Gleichgültigkeit allzu vieler Bergarbeiter und der Uneinigkeit der Organisationen untereinander.

In dieser ersten Zeit sollten es die verschiedenen Organisationsrichtungen doch wahrlich für ihre Pflicht erachten, dem gemeinsamen Feind, dem Großkapital die Spitze zu bieten. Wie leicht könnten sie gemeinsam die Unorganisierten überzeugen, daß es notwendig für sie ist, sich überhaupt einer Organisation anzuschließen! Wie wirkungsvoll wäre es, wenn sie gemeinschaftlich Versammlungen: abhielten und die Beamten der verschiedenen Zechen dazu einließen, damit sie Gelegenheit haben, ungerechtfertigte, gegen die Grubenverwaltung und sie selbst erhobene Vorwürfe richtig zu stellen und auch sich davon zu überzeugen, wie die Arbeiter über die von vielen Beamten ausgeübten Brutalitäten urteilen. An Material würde es sicherlich nicht fehlen.

Eine von den Zechen, auf denen Mißstände in reichem Maße zu verzeichnen sind, wo die Herren Beamten sich alles mögliche gegen „ihre“ Arbeiter erlauben zu können glauben, ihnen enorm hohe Geldstrafen auferlegen und auch vor Maßregelungen nicht zurückschrecken, ist die Zeche Preußen II in Horstmar b. Dortmund. Seit einigen Wochen hat man in einzelnen Revieren dieser Zeche schlagende Wetter zu verzeichnen gehabt. Anstatt daß die Zechenverwaltung den Klagen der Bergarbeiter darüber Rechnung trägt, maßregelt sie die Beschwerdeführer, bringt sie auf die schwarze Liste usw. Dazu sollte eine auf den 6. Dezember für die gesamte Belegschaft nach Horstmar von sämtlichen Organisationen einberufene Versammlung Stellung nehmen. Als Tagesordnung war vorgesehen: 1. Die Ursachen der Katastrophe von „Radbod“, unter besonderer Berücksichtigung der Zustände auf Preußen II. Referent Kamerad Hartke-Wanne vom Gewerbeverein der Deutschen Bergarbeiter (S. D.). 2. Die Bedeutung der bevorstehenden Berggewerkschaftswahlen. Referent Kamerad Bartels-Dortmund vom alten Verbande. 3. Freie Diskussion.

Der Besuch der Versammlung war in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ein überaus zahlreicher. Von allen Seiten hatten sich die Bergarbeiter eingefunden, ob sie zum alten Verbande oder zum Gewerbeverein Hirsch-Dunder, zum Christlichen oder zum polnischen Bergarbeiterverbande gehörten. Alle waren sie gekommen, um ihrem Herzen über die herrschenden Mißstände Luft zu machen.

Aber leider! Der Bergarbeiter denkt, und der Führer des alten Verbandes lenkt. Gleich als Herr

Bartels aus Dortmund erschienen war, entspann sich eine Reiberei zwischen ihm und unserem Kameraden Hartke und einigen Kollegen von den anderen Verbänden. „Genosse“ Bartels wünschte durchaus, daß der erste Punkt der Tagesordnung zurückgestellt werde und zunächst nur der zweite Punkt zur Verhandlung komme. Also die Mißstände, zu deren Beseitigung die Versammlung in erster Linie einberufen war, die wollte man zunächst unberücksichtigt lassen! Und dazu konnte sich „Genosse“ Bartels entschließen, obgleich 12 Beamte der Zeche erschienen waren, die erfahren wollten, um was für Mißstände es sich denn eigentlich handelte! Außerdem hegten die Bergarbeiter das Verlangen, eine Kritik an ihren Vorgesetzten und der Grubenverwaltung zu hören. Der Vorsitzende des alten Verbandes aber wollte das Gegenteil. Er hielt es nicht für angebracht, das erste Thema zu erörtern, da die Beamten zu zahlreich erschienen seien.

Als dann die Versammlung eröffnet war, ergoß sich Bartels sofort das Wort zur Geschäftsordnung. In seinem blinden Eifer wußte er nichts Besseres zu tun, als die Gewerkschaft mit den heftigsten Angriffen zu übersättigen. Auch die Christlichen bekamen ihr Teil ab. Schließlich wurde das den anwesenden Gewerksvereinen denn doch zu viel. Der Vorsitzende mußte dem Redner das Wort entziehen. Nun dachte man sich die Wut der „Genossen“; denn von weit und breit hatte sie ihr „Führer“ Bartels zusammengetrieben, um die Gewerkschaft über den Haufen zu rennen. Ein wüster Gebrüll und Gelobe entstand im Saal, daß man kein Wort mehr verstehen konnte, und schließlich drohten die „Genossen“, die Bühne zu stürmen. Kollegen von uns, die den Freiheitskämpfern entgegenzutreten, wollte man einfach niederhauen. Da auf einmal breitete der Held des Tages, „Genosse“ Bartels, segnend die Hände aus und siehe da! Der Lärm verstummte unter einzelnen Verwünschungen. Als dann unser Kamerad Hartke noch einmal das Wort erhielt, entstand wieder ein neuer Tumult. Die „Genossen“ drangen auf die Bühne und wurden handgreiflich, so daß die Versammlung schließlich aufgelöst werden mußte. Aber „Genosse“ Bartels wußte sich zu helfen und berief sofort eine zweite Versammlung ein, in der er nun über Gewerkschaftswahlen referierte. Das machte er so, daß er einen förmlichen Berg Zeitungsauschnitt herausholte und aufing daraus vorzulesen. Nur hin und wieder schaltete er einen eigenen Gedanken ein. Nach ihm erhielt wieder unser Kamerad Hartke das Wort, der sich nicht abhalten ließ, einleitend auch auf das schwere Unglück von „Radbod“ hinzuweisen, um dann am Schluß die Zustände auf der Zeche Preußen II zu schildern. Seine überaus zutreffenden und anregenden Worte fanden denn auch bei allen Anwesenden lebhaften Widerhall, so daß selbst die „Genossen“, die uns am liebsten zum Teufel gewünscht hätten, zum Schluß seiner Ausführungen mit in ein donnerndes Bravo einstimmen.

Das ist ja sehr schön. Welchen Eindruck aber müssen die erschienenen Beamten bekommen haben! Wie mögen sie über die Einigkeit der Arbeiter urteilen! Anstatt daß die Bergleute friedlich miteinander unterhandeln, können die Beamten sehen, daß jene sich bei jeder Gelegenheit in den Haaren liegen. Das kommt daher, weil die „Genossen“ ihre argsten Gegner in den Arbeiterkreisen erblicken, die eine andere Meinung haben als sie selbst. So lange diese Zustände andauern, wird es auch nicht möglich sein, dauernde Erfolge für die Arbeitererschaft herauszuschlagen. Die Grubenbeamten müssen durch diese Versammlung die Ueberzeugung gewonnen haben, daß sie nun erst recht die Arbeiter nach Belieben schußverriegeln können. Hoffentlich hat aber das wenigstens die eine gute Folge, daß die Kameraden allmählich erkennen, daß eine Organisation wie der alte Bergarbeiterverband wegen seines Terrorismus niemals in der Lage sein kann, die Lage aller Arbeiter zu verbessern. Wer es gut mit sich und seinen Kameraden meint, der muß jenem Verbande den Rücken kehren.

Schreiber dieses hat schon manche stürmische Versammlung sowohl mit den „Genossen“ als auch mit den Christlichen durchgemacht. Aber Vorgänge, wie sie sich am 6. Dezember in Horstmar abgespielt haben, hat er denn doch bisher noch nicht erlebt. Nur der Besonnenheit und Geistesgegenwart unserer Gewerksvereiner ist es zu danken, daß es nicht zum förmlichen Handgemenge kam. Jeder anständige Arbeiter aber muß sich in dieser Versammlung sein Urteil gebildet haben: Er muß sich mit Absehen von einer Organisation abweisen, die eine andere Meinung nicht achtet, sondern sie unter allen Umständen niederdrücken will, und muß sich dem Gewerbeverein der Deutschen Bergarbeiter anschließen, der dank seiner partei- und kirchenpolitischen Unabhängigkeit allein in stande ist, wirksam für die Verbesserung der Lage aller Bergarbeiter einzutreten.

C. W.

in G  
Gener  
Metal  
Jahre  
erzielt  
men  
der so  
nen G  
Im ge  
Da al  
gegann  
wählt  
ausgeh  
währe  
her 23  
musste  
A  
andere  
nur an  
diejeni  
  
U.  
das „I  
mer ei  
gesamm  
Amte,  
die Ar  
waren  
mens r  
nen Fe  
so daß  
keln u  
wurden  
schaffen  
die Ar  
über 3:  
träge b  
den Ar  
wohl ir  
Arbeit  
abgeschl  
grupp  
beisteh  
Saupt  
keine W  
  
Wä  
Jahr 19  
mit 38  
reits ge  
nehmert  
mit 37  
oder bei  
nuar 15  
mit 817  
31. Dez  
triebe u  
  
No  
der La  
Leben  
wird sei  
macher  
! den De  
nen Gr  
  
Die  
be m b  
gegenü  
rung c  
eine  
! die allj  
treten;  
! Hautäti  
verschie  
vor alle  
Abflau  
Ford  
gung  
dustri  
Nubröf  
an, da  
Eisenve  
gingen;  
! ich t  
den Br  
schäftsge  
war. I  
sich imm  
und K  
weite  
sonders  
In den  
angebot  
Geschäft  
Eisen  
weg ein  
beitsma

# Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 29. Dezember 1908.

Einen schönen Erfolg haben unsere Kollegen in Apolda bei den Wahlen der Vertreter zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse für Metallarbeiter erzielt. Während sich im vorigen Jahre nur 76 Stimmen auf ihre Liste vereinigten, erzielten sie diesmal 108 Stimmen, also 32 Stimmen mehr, während die Zahl der für die Liste der sozialdemokratischen Gewerkschaften abgegebenen Stimmen von 292 auf 205, also um 87 sank. Im ganzen schieden 31 Arbeitnehmervertreter aus. Da aber die Mitgliederzahl in der Kasse zurückgegangen ist, brauchten nur 24 Vertreter neu gewählt zu werden. Die von den Gewerkschaften auscheidenden 8 Vertreter wurden wiedergewählt, während sich die „freien“ Gewerkschaften, die vorher 23 Vertreter gehabt hatten, mit 16 begnügen mußten.

Was in Apolda möglich ist, läßt sich auch an anderen Orten erreichen, wenn unsere Kollegen nur auf dem Posten sind und den sozialen Wahlen diejenige Beachtung schenken, die ihnen zukommt.

Ueber die Tarifverträge im Jahre 1907 bringt das „Reichs-Arbeitsblatt“ in seiner neuesten Nummer eine vorläufige Uebersicht. Das Material ist gesammelt worden vom Kaiserlichen Statistischen Amte, das sich sowohl an die Arbeitgeber- wie an die Arbeitnehmerverbände gewandt hatte. Leider waren die Verbände trotz größten Entgegenkommens nicht in der Lage, alle in dem vorgeschriebenen Formular gestellten Fragen zu beantworten, so daß einzelne Zahlen überhaupt nicht zu ermitteln waren, andere nur schätzungsweise eingesetzt wurden. Für die Zukunft soll hierin Wandel geschaffen werden. Das vorläufige Ergebnis ist, daß die Arbeitnehmer über 2811, die Arbeitgeber nur über 319 im Jahre 1907 abgeschlossene Tarifverträge berichten. Diese niedrige Zahl bei den von den Arbeitgebern gemeldeten Tarifen erklärt sich wohl in der Hauptsache dadurch, daß die größeren Arbeitgeberverbände nur wenige Tarifverträge abgeschlossen haben, während die kleineren Ortsgruppen und einzelnen Firmen, die mit den Arbeitnehmerverbänden Vereinbarungen trafen, den Hauptverbänden in vielen Fällen davon überhaupt keine Nachricht gaben.

Während im einzelnen die Statistik für das Jahr 1906 1146 Tarifverträge für 46 033 Betriebe mit 380 401 Arbeitern aufwies, werden, wie bereits gesagt, für das Jahr 1907 von den Arbeitnehmerverbänden 2811 Tarife für 42 145 Betriebe mit 372 794 Personen als abgeschlossen, erneuert oder verlängert gemeldet. Als Bestand am 1. Januar 1907 sind 3562 Tarife für 97 347 Betriebe mit 817 150 Personen verzeichnet, als Bestand am 31. Dezember 1907: 5319 Tarife, für 110 980 Betriebe mit 974 074 Personen.

Man sieht aus diesen Zahlen, wie energisch der Tarifgedanke in unserem wirtschaftlichen Leben Boden zu gewinnen verstanden hat. Er wird seinen Siegeslauf fortsetzen trotz der Scharfmacher von rechts und links und damit einem von den Deutschen Gewerbevereinen von jeher vertretenen Grundsatz Geltung verschaffen.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat November wies nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ gegenüber dem Vormonat eine Verschlechterung auf. Diese war zunächst bedingt durch eine Reihe von Saisoninflüssen, die alljährlich um diese Zeit in die Erscheinung treten; hierher gehört vor allem der Rückgang der Bauaktivität und das Aufhören der Saison in verschiedenen Zweigen der Bekleidungsindustrie, vor allem in der Kleiderkonfektion. Zu dieser Abflauung der Saisongewerbe tritt aber die Fortdauer der rückläufigen Bewegung in einer Anzahl Großindustrien hinzu. So hielt insbesondere auf dem Kohlenmarkt die Abwärtsbewegung ununterbrochen an, da die Abrufe der Verbraucher, vor allem der Eisenwerke, nicht in genügendem Umfang zügingen; es mußten daher vielfach Feierschichten eingelegt werden. Dasselbe wird für den Braunkohlenbergbau gemeldet, dessen Geschäftsgang durchschnittlich wenig befriedigend war. In der Holzindustrie sammelten sich immer mehr Borräte an. Auch in den Stahl- und Walzwerken verschlechterte sich weiter die Lage, Arbeitskräfte boten sich besonders in Nordwestdeutschland im Ueberfluß an. In den Eisengießereien war das Arbeiterangebot infolge des andauernd unbefriedigenden Geschäftsganges gleichfalls recht hoch. Der Eisenbahnbau wies ebenfalls durchweg eine Verschlechterung auf, die auf den Arbeitsmarkt in dieser Industrie ungünstig ein-

wirkte. Was die Textilindustrie betrifft, so waren insbesondere die Baumwollspinnereien und ein großer Teil der Baumwollwebereien andauernd unbefriedigend beschäftigt, so daß der für diese Zweige in den früheren Monaten berichtete Arbeitermangel vollständig geschwunden ist. Bemerkenswert ist jedoch, daß sich aus den Nachweisungen der Betriebskrankenkassen der Textilindustrie eine kleine Zunahme der Beschäftigungsziffer ergibt. Aus der chemischen Industrie klagen insbesondere die Farbenfabriken über einen Rückgang des Absatzes nach dem In- und Auslande. Die elektrische Industrie hatte im wesentlichen noch zufriedenstellend zu tun, jedoch konnten insbesondere in den Großstädten viele der sich anbietenden Arbeitskräfte nicht ausgenommen werden. Diesem Rückgang in den Großindustrien steht während des Berichtsmontats eine Verbesserung in einer kleiner Anzahl Industrien, für die das heranrückende Weihnachtsgeschäft eine Belebung brachte, gegenüber, vor allem im Sauselsgewerbe, in einzelnen Zweigen der Nahrungsmittel-Industrie, den Buchdruckereien und Buchbindereien.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen zeigte sich am 1. Dezember 1908 im Vergleiche zum 1. November insgesamt eine Abnahme der Beschäftigungsziffer von 55 641 Personen, die sich aus einer Abnahme von 59 183 männlichen und einer Zunahme von 35 42 weiblichen Personen zusammensetzt. Im Vorjahre war die Abnahme bei den gleichen Klassen erheblich geringer, sie betrug insgesamt 30 411 Personen und setzte sich aus einer Abnahme von 45 470 männlichen und einer Zunahme von 15 059 weiblichen Personen zusammen.

Die Berichte der Arbeitsnachweise deuten fast durchweg auf einen weitlichen Rückgang in Vergleiche zum Vormonat und zu der gleichen Zeit des Vorjahres hin.

Die Verkehrsannahmen aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen waren im November 1908 um 8 347 408 Mk. niedriger als im Vorjahre. Es bedeutet das gegen das Vorjahr eine Mindereinnahme von 223 Mk. oder 7,68 Prozent auf den Kilometer.

Auf die Uebung ihrer wirtschaftlichen Lage sind zurzeit mehr als je die deutschen Ärzte bedacht. Wir haben uns erst vor kurzem mit einer „Lohnbewegung“ der Ärzte beschäftigt, die sich in Götting abspielte. Von größerer Bedeutung ist noch der Streitfall, der zwischen dem Deutschen Ärzteverband in Leipzig, der Interessenvertretung der Ärzte, und dem Verbande deutscher Lebensversicherungsgesellschaften schwebt. Zwischen beiden Organisationen bestand ein Vertrag, den die Ärzte zum 1. November gekündigt hatten, weil sie höhere Honorare beanspruchten. Bezüglich dieser Honorare kam es schließlich im Laufe von Verhandlungen zu einer Einigung; Differenzen blieben lediglich bestehen bezüglich der Vertragsdauer. Die Ärzte nämlich wollten einen Vertrag nur für drei Jahre abschließen, in der Absicht, dann eine weitere Erhöhung der Honorare zu fordern, während die Lebensversicherungsgesellschaften einen zehnjährigen Tarifvertrag forderten, um in dieser Zeit Ruhe vor weiteren Forderungen zu haben. Eine Verständigung über die Vertragsdauer konnte nicht erzielt werden, so daß schließlich der Ärzteverband beschloß, über die Lebensversicherungsgesellschaften die Sperre zu verhängen und Aktive nur für die Tage von 25 Mk. auszustellen.

So ist bis zum heutigen Tage die Situation. Das Kaiserliche Amt für Privatversicherung hat nunmehr seine Vermittlung in dem Streit angeboten und Vergleichsverhandlungen unter dem Vorsitz seines Präsidenten vorgeschlagen. Man darf gespannt sein, was aus dieser interessanten Bewegung werden wird.

Eine dreiste Verleumdung der Deutschen Gewerbevereine leistet sich in ihrer letzten Nummer die „Metallarbeiter-Zeitung“. Das Blatt will nämlich nachweisen, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine denjenigen, die die Interessen der Organisation wahrzunehmen haben, nicht einmal den nötigen Rechtschutz gewähren, und veröffentlicht zu diesem Zwecke einen Brief des Redakteurs Rechner von der früheren Mitteldeutschen Volks-Zeitung an den Bezirksleiter Schlegel-Breslau. In diesem Briefe bittet Rechner um einen außergerichtlichen Vergleich, um sich unnötige Kosten zu ersparen, da er selbst von Anfang an alle Prozesse, Gerichtsinstanzen und sein früherer Verlag sich weigere, auch nur einen Pfennig hierzu beizutragen. An diesen

Brief knüpft die „Metallarbeiter-Zeitung“ die Bemerkung:

Dieser Brief zeigt, daß von den Hirsch-Dunderschen Leute, die zur Verdrängung ihrer Interessen angesetzt sind, in keiner Weise geschützt werden, sondern die Kosten aus ihrer eigenen Tasche bezahlen müssen.“

Das ist eine dreiste Erfindung! Die „Mitteldeutsche Volks-Zeitung“ war ein Blatt, das weder mit der Verbandsleitung noch mit irgend einem Generalrat etwas zu tun hatte. Es handelte sich dabei lediglich um ein Privatunternehmen. Rechner war Angestellter des betreffenden Verlegers. Wenn dieser seinen Verpflichtungen Rechner gegenüber nicht nachgekommen ist, so ist das ebenfalls die Privatangelegenheit. Rechner war nicht Beamter oder Angestellter irgend eines Gewerbevereins, konnte also auch keine Ansprüche erheben. Trotzdem ist ihm mancher Zuschuß zu seinen Gerichtsverfahren geworden, auf den er nicht den geringsten Anspruch hatte. Wo die Gewerbevereine Verpflichtungen haben, da kommen sie denselben auch nach. Das weiß die „Metallarbeiter-Zeitung“ auch ganz genau. Wenn sie trotzdem das Gegenteil behauptet, so geschieht das nur, um in gewohnter Weise den Gewerbevereinen eins auszuweisen. Wo man keine sachlichen Gründe zur Bekämpfung des Gegners hat, da müssen eben Verleumdungen herhalten.

Zu harten Strafen wegen Verhängung des Boykotts sind die ersten amerikanischen Arbeiterführer verurteilt worden. In dem Organ des amerikanischen Arbeiterbundes war eine Gesellschaft in der schwarzen Liste veröffentlicht und dadurch der Boykott über die von ihr erzeugten Gerbe und Defen verhängt worden. Die Gesellschaft fühlte sich dadurch geschädigt und strengte eine Klage auf Unterlassung der Veröffentlichung des Namens an. Sie erzielte auch ein obliegendes Urteil, denn das Gericht sprach die Aufforderung aus, daß der Name der Gesellschaft nicht weiter in der schwarzen Liste veröffentlicht werden dürfe. Diese Gerichtsentscheidung war aber von der Arbeiterbundes-Zeitung unbeachtet geblieben, weshalb der Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes Sam Compers zu einem Jahr, der Vizepräsident Mitchell zu neun Monaten und der Sekretär Morrison zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurden.

Der Preussische Staatshaushaltsplan für 1909 wird am 12. Januar bei dem Abgeordnetenhaus eingehen. Er ist jedoch nicht vom Bureau des Abgeordnetenhauses, sondern, wie alle Preussischen Parlamentsakten, von der Preussischen Verlagsanstalt, Berlin SW. 68, Ritterstraße 50, im ganzen und in den einzelnen Teilen zu beziehen.

## Gewerbevereins-Zeit

3 Wochen. Der Versuch, durch den Ausschluß der Gewerbevereine aus den konfessionellen Arbeitervereinen uns zu schaden, ist täglich mißglückt; den Vätern des Bankers aber sind wir hier im Machener Bezirk sogar zu großem Dank verpflichtet. Haben sie es doch vermocht, daß der Ring der Gewerbevereine sich so fest geschlossen hat, daß alle Querkelereien ihn nicht mehr zu sprengen vermögen. Gestärkt ist das Vertrauen zu unserer Organisation, gestärkt sind unsere Grundzüge bei den Mitgliedern, und an der Bewirkung unserer Programmpunkte mitzuwirken, gilt heute als die vornehmste Aufgabe jedes Kollegen. Mit freudiger Gemutung können wir es begrüßen, daß bei allen die Gesamtzeit betreffenden Angelegenheiten die Kollegen ihren Mann stellen. Umso stiller muß es jeden Leser anmuten, wenn der wahrheitsliebende „Machener Volksfreund“ in seiner Nr. 296 vom 18. Dezember von der zunehmenden Bedeutungslosigkeit der Gewerbevereine spricht. Dabei haben gerade die hinter dem „Volksfreund“ stehenden Kreise noch nie so das Vorhandensein der Gewerbevereine verspürt wie in diesem Jahre bei Gelegenheit der Stadtverordnetenwahlen in Stolberg, der Gemeinderatswahlen in Eilenburg, Brand und Gaaren, wo die Gewerbevereine teilweise als Sieger aus dem Kampfe hervorgingen, aber doch wenigstens sehr ansehnliche Minoritäten aufzuweisen hatten. Und dies trotz der einzig dastehenden Organisation unserer Gegner! Ja, die als Christen zweiter Klasse gestempelten Gewerbevereine haben es sogar fertig gebracht, in Machen-Fort und Eilenburg ihre Kandidaten in den Kirchenvorstand zu wählen, sicherlich zum größten Verdruss der Helden, die den Machener und Paderborner Beschluß gegen die Gewerbevereine mit zu Wege gebracht haben. Höchst eigentümlich wirkt es auch, daß man an einzelnen Stellen, z. B. auf dem Machener Hüthenwert, von christlicher Seite den toten Gewerbevereinen noch inbrünstig bittet, doch gemeinschaftlich das Proporzwahlrecht für die Krankenkassenwahl zu bekräftigen. Man zeigt hier sein offenes Gesicht, nämlich die Angst vor den Gewerbevereinen, daß diese die Mehrzahl der Sitze einnehmen oder die Christlichen gar ausfallen könnten. Man sieht aus alledem, daß es mit der Ernste der Vorberer, die man durch die Beschlässe von Machen und Paderborn zu prüfen gedachte, bis jetzt noch recht dürftig ausseht. Die Gewerbevereiner sehen gefählig für den ferneren Kampf bereit und werden ihren Siegeslauf auch fortsetzen, frei von allen politischen und religiösen Fesseln, lediglich der Kraft ihrer Grundzüge und Ideale vertrauensvoll. H. G. Machen.

Oberhausen. Der hiesige Ortsverband hielt am 18. Dezember eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung ab, die gut besucht war. Der Herrn. Kollege Schmidt, sprach über das Grubenunglück auf Zeche Rabdab...

Raumburg 4,29, Döberleben 3,12, Potsdam 19,58, Döberitz 6,24, Rathenow 9,60, Schwedt 1,69, Stoll 1,43, Worms 1,69, Jagen 4,35, Volantänder (Einzelmitgl.) 2,08, Schuhmacher: Hanen 5,85, Berlin 11,46, Eberach 7,74, Birkenau 2,73, Bromberg 16,12, Danzig 4,55, Efurt 3,77, Frauholz 11,26, Frankfurt (1819) 1,17, Griefen 2,99, Graudenz 11,52, Greifswald 6,82, Halle 6,79, Halberstadt 20,77, Königsberg 4,29, Posen 12,80, Posen II 5,33, Mainz 3,42, Raumburg 2,21, Potsdam 10,27, Pritz 1,95, Starob 4,81, Stettin 0,61, Ulm 6,89, Weisberg 103,16, Worms 11,68, Zeitungsverleger: Apolda I 8,91, Apolda II 1,04, Bad-Sulza 10,35, Berlin 7,29, Chemnitz 14,55, Duisburg 8,89, Großhain 4,81, Guben 2,86, Penig 8,84, Sagan 11,18, Spremberg 1,56, Tannhausen 9,10, Töpfer: Bitterfeld 30,46, Elbing (872) 0,91, Graudenz (2320) 1,04, Grunau 0,65, Jägerhof 2,99, Rathenow (495) 2,60, Velten 1,69, Ueckermünde 7,93, Köhl (Einzelmitgl.) 2,69. Gesamtbeiträge: Berlin 16,00. Summa 992,99 M.

Berlin, Dezember 1908. R. Klein, Hauptkassierer. F. Neufeldt, Hauptkontrollier.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.). Verbandsbüro der Deutschen Gewerkschaften, NO., Greifswalderstraße 221/223 Mittwoch, 6. Januar, Generalversammlung und Vortrag. Gewerkschaften: Lieberthal (S.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Lesungsstunde im Verbandsbüro der Deutschen Gewerkschaften (Prinzer Saal). Gäste sind herzlich willkommen. Diskussionsklub Noabit. Nächste Sitzung findet am 8. Januar statt. Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Donnerstag, 31. Dezember, abends 8 1/2 Uhr bei Meldert, Bergstr. 69, Versammlung mit Damen. Silvesterfeier. — Sonnabend, 2. Januar. Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Abends 8-10 Uhr bei Rabau, Balstr. 58. Ausgabe der Duktionsbücher. — Maschinenbau- und Metallarbeiter V. Abends 8 1/2 Uhr, Kolthauerstraße 6. Versammlung. II. a. Generalratsprotokolle. Monatsabschluss der Romb. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Verbandsbüro, Greifswalderstraße 221/223. Regulatorporto. Bericht von der Generalversammlung des Arbeitsnachweises. Bericht über die Verhandlung der Reichsversicherungsanstalt. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Donnerstag, 31. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Frau Beriner, Brunnenstraße 143. Nach dem Silvesterfeier. Sonnabend, 2. Januar, abends 8 Uhr, Jageladen bei Schumann, Brunnenstr. 119. — Zentralverein für Arbeiterinteressen. Öffentliche Versammlung am Sonnabend 2. Januar 1909, um 8 1/2 Uhr abends im Arditelkenhaus, Saal B, Wilhelmstr. 98. E.-D.: Das Wahrspruch der Arbeiterin. Ref.: Dr. Elisabeth Altman-Gottheimer aus Frankfurt a. M. Diskussion. Eintritt frei. — Fachwissenschaftlicher Diskussionsklub Berlin. Pflückerstraße 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat.

Leipzig. Deutsche Handelskassensarbeiter-Vereinigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum lichten Keller“, Lindenau, Eigenstraße, statt. — Spania. Diskussionsklub der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Jeden Donnerstag, pünktlich abends 8-10 Uhr, Sitzung in der „Palme“, Ritterstr. 12. Gäste willkommen. — Friedrichsberg. Maschinenbau- und Metallarbeiter. Versammlung am 2. Januar 1909 im Schwarzen Adler, Frankfurter Chaussee Nr. 5. E.-D.: Einzelung der Duktionsbücher und anderes. — Wilhelmstr. Maschinenbau- und Metallarbeiter. Sonnabend, 2. Januar 1909, abends 8 1/2 Uhr Versammlung, Edelweißstraße 5. Am

Sonnabend, 16. Januar 1909, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung im Lokal des Herrn Waldemar Schneider, Hauptstraße.

Orts- und Regionalverbände.

Berne (Ortsverband). Jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn W. Schulz-Rattler, Diskussionsklub. — Wachen (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsabend bei Leuchter, Ecke Panfennapf u. Zülicherstr. — Hamburg (Ortsverb.). Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Woolstr., Diskussionsklub. — Dresden (Diskussionsklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandbierbräu Webergasse 38, statt. Gäste willkommen. — Brandenburg a. H. (Diskussionsklub). Die Sitzungen finden jeden 1. und 8. Freitag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, statt. — Hagen a. U. (Diskussionsklub). Jede 1. und 3. Sonntag abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraßen-Ecke. — Köln (Diskussionsklub). Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr im Restaurant „Bater Kolping“, Eiferstraße. — Hamburg (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Pachtow, Kaiser Wilhelmstraße. — Duisburg (Ortsverband). Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Diskussionsklub bei B. Eisenbürger, Bankeimerstraße. — Wülheim a. Ruhr (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Hirt Joh. Müller, Sandstraße 88. — Cottbus (Diskussionsklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinstr. 120. — Leipzig (Gewerkschaften-Liederabend). Die Lesungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Betriebslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und himmelbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Lützen (Ortsverband). Jeden 2. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsklub im Lokale des Herrn Feinger. — Hannover, Linden und Umgebung (Ortsverb.). Sonntag, 10. Januar 1909, morgens 9 1/2 Uhr, Ausflugsfahrt in der Königswort, Brühlstraße 12. E.-D.: Neuwahl. Sonntag, 17. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr bei Herrn Nordmann, Linden, Deisterstraße 50, Wanderversammlung. Referat: Einzelheit macht Recht. Referent: Herr Pastor Chapuzau-Gainholz.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Beschreibung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht. Die zunehmende Unfähigkeit der Frauen, ihre Kinder zu stillen. Die Ursachen dieser Unfähigkeit, die Mittel zur Beseitigung. Ein Vortrag von Professor G. v. Dunge-Pajel. Verlag von Ernst Reinhardt, München. Preis 80 Pfg. Die Entwicklung der Reichsfinanzien. Von Dr. R. van der Borcht. Sammlung Börsen Nr. 427. Preis geb. 80 Pfg. Wisard als Nationalökonom, Wirtschafts- und Sozialpolitiker. Von Arthur Böhling. Verlag von Fritz Eckardt in Leipzig. Preis 3 M., geb. 4 M. Zum Streit um die Werkspekulationskassen. Darlegungen und Klärung, herausgegeben von der Firma Fried. Krupp, Aktiengesellschaft in Essen a. Ruhr. Ratgeber in der sozialen Unfallversicherung nebst einem Begleitter über die Verfolgung der Ansprüche aus den Unfallversicherungsgesetzen. Von G. Richter. Selbstverlag. Preis 10 Pfg. Die Kriegskasse. Hft 5 der Staatsbürger-Bibliothek, herausgegeben vom Verband der Wandpostkassen Deutschlands. Verlag der „W. St. Arbeiterzeitung“ in R. Gladbach. Preis 40 Pfg.

Verbands-Zeil.

Frauen-Begräbnisliste des Verbandes. Duktions über eingekaufte Beiträge. Monat Oktober 1908.

Bauhandwerker: Königsberg M. 9,10, Elanitz 8,25, Merseburg 1,16, Pafswall 4,16, Posen 34,00, Ulm 5,07, Bildhauer: Breslau 10,87, Randsberg 5,07. Zigarren- und Tabakarbeiter: Jagen 7,11, Pafswall 9,49, Lupp-Berlin 0,66, Fabrik- und Handarbeiter: Berlin III 0,78, Graudenz 9,49, Langendorf 1,43, Penig 16,51, Müller (2555) 1,17. Frauen und Mädchen: Döbeln 1,82, Danzig 0,40. Graphische Berufe: Berlin I 8,88, Chemnitz 7,98, Demmin 2,86, Elberfeld 7,41, Oera 2,99, Raumburg 4,68, Straßun (Einzelmitgl.) 1,04, Worms 2,08, Weiz 13,84, Saarbrücken 0,75. Kaufleute: Berlin III 2,15, Berlin IX 1,17, Klein-Berlin 3,51. Maschinenbauer: Mersleben 5,58, Berlin V 80,72, Berlin VIII 4,68, Weitzlingen 4,81, Rallwitz 5,85, Osmell 3,77, Rathenow 18,67, Worms 0,78, Sandber (Einzelmitgl.) 0,91. Porzellanarbeiter: Annaburg 2,21, Althaldensleben 80,81, Fürstberg 4,91, Großbrettenbach 0,78, Hütten-Reinad 1,04, Jördschöfen 1,00, Königsfeld 25,22, Wöschendorf 3,51, Wörschaldensleben 2,47, Oberhausen 4,68, Kuhlshadt 10,40, Sorgau 2,88, Sophienau 5,85, Seib 5,20, Tiefenfurt 3,12, Tiefenfurt (169) 1,04, Wittenberg 1,95, Waldenburg 7,80, Wey (Einzelmitgl.) 1,04, Penke 1,17, John 3,24, Remma 1,61, Kolboldt 1,25, Seibitz 2,34, Weiz 1,95. Schiffbauarbeiter: Bredow 8,97, Greifswald 2,08, Weitzlingen 2,34. Schneider: Berlin I 12,06, Berlin II 6,00, Berlin III 4,03, Berlin V 2,08, Breslau I 18,70, Breslau II 5,44, Danzig 7,81, Dresden 6,50, Elberfeld 8,25, Greifswald 6,84, Weitz 8,98, Zena 8,47, Weitzberg 6,81, Weitz 9,57, Elanitz 3,25, Merseburg 5,33.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder! Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die Frauen-Begräbnisliste des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften. Eintrittsgeld 25 Pfg. Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre. Versichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 190 Mark. Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewünschten Versicherungssumme und des Beiträtsalters 8 bis 9 Pfg. Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen. Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Fidelitas. Zeitschrift, enth. Lustspiele, Solozenen, Complots (mit Musik), Kom. Vorträge u. dgl. Monatl. 1 Heft, Halbjährl. 2 Mk. Probeheft enth. 8 Stücke 40 Pfg. franko. Probeband enth. 25 Stücke 1 Mk. C. A. Koch's Verlag, Dresden 14 25. Baugen. Durchreisende erst im Winterhalbjahr 1. März und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei G. Serbe, Wendischgeraden 84. Göttingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsangehörigen erhalten Nachquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei J. Siädler, Bahnhofstr. 18. Gannu (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kassierer, Kollegen Paul Köffig, Uhländerstr. 9. Durchreisende Mitglieder erhalten 1 Mark Reise-geld, zugereiste, arbeitssuchende Mitglieder erhalten eine Karte für Abendessen, Nachloges und Frühstück. Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Werte von 1,20 M. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden. Die Verbandsherberge befindet sich Elisabethstraße 49 (Jäger's Gastwirtschaft).

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften. Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen: Sozialdemokratische A. Arbeiterschaft v. Dr. jur. R. F r e u n d. Preis 40 Pfg. Volks-Wirtschaftslehre von Dr. C. J. S u d a. Preis 80 Pfg. Ratgeber zu Anträgen, Klagen und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg. Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 85 Pfg. Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,50 M. Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Preis gebunden 80 Pfg. Krankenversicherungsgesetz nebst dem Hilfskassengesetz. Preis gebunden 20 Pfg. Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerkschaften für das Jahr 1906. Preis 8 M. Früher erschienene Statistiken können ebenfalls noch zu denselben Preise bezogen werden. Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreis durch das Verbandsbureau zu beziehen. Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Rücknahme erzieligt wird. Selbstsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223. Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.

Verbandskassierer: Besner Seewitz, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/223. — Druck und Verlag: Schoedel & Gallinet, Berlin W., Potsdamerstraße 110.